

MEDIENMITTEILUNG

Thun, 31. Oktober 2018

Zur Vernehmlassung betreffs Cannabis-Pilotversuchen

Änderung Betäubungsmittelgesetz (BetmG)

Die EDU äusserte sich am 25. Oktober im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes zu Pilotversuchen von legaler Abgabe von Cannabis. Die EDU Schweiz lehnt diese Pilotversuche von legaler Abgabe von Cannabis zu Genusszwecken ab, weil bereits genügend wissenschaftlich abgestützte Belege für die sozialen und gesundheitlichen Schäden durch Cannabis vorliegen.

Die EDU erachtet die vom Bundesrat geplante Zulassung von Pilotversuchen zur legalen Abgabe von Cannabis als überflüssig und schädlich zugleich. Wissenschaftlich schon belegte Zusammenhänge zwischen Cannabis-Konsum und Gewalt zeigen aus Sicht der EDU bereits ausreichend, dass jegliche Liberalisierung von Cannabis auch gesellschaftlich fatale Konsequenzen hätte.

Aus einer Befragung unter Aargauer Schülern der Sekundarschulstufe und deren tabellarischer Darstellung durch den Strafrechtsprofessor Martin Killias „geht deutlich hervor, dass der Konsum von Cannabis stark und höchst signifikant mit der Verübung aller erhobenen Straftaten (ausser Tierquälerei) zusammenhängt. Der Zusammenhang ist sogar noch stärker als beim Rauschtrinken ...“¹ Denselben Zusammenhang fand auch eine universitäre Studie aus Kanada.²

Einen Zusammenhang von regelmässigem Cannabis-Konsum und sozialen Schwierigkeiten zeigte eine internationale universitäre Studie unter der Führung von Magdalena Cerdá aus dem Jahr 2016 auf, wobei eindeutig Cannabis-Konsum als Auslöser der Schwierigkeiten festgestellt werden konnte.³

feel-ok.ch, eine Facheinheit der Schweizerischen Gesundheitsstiftung RADIX, nennt den Cannabiskonsum zu Genusszwecken aus Sicht der EDU zurecht einen Missbrauch und warnt zurecht vor den psychischen Konsequenzen des Cannabis-Konsums: „Auch bei Cannabis kann es im Körper zu einer so genannten Toleranzbildung kommen. Das bedeutet, dass eine immer grössere Menge konsumiert werden muss, um dieselbe Wirkung zu verspüren.“⁴

¹ „Delinquenz und Problemverhalten unter Aargauer Schülerinnen und Schüler der Sekundarschulstufe - Bericht über die Aargauer Teilstudie der schweizerischen Untersuchung zur Jugenddelinquenz (International Self-reported Delinquency Survey, ISRD-3)“, von Martin Killias, Anastasiia Monnet Lukash und Raquel Rosés Brüngger, Killias Research & Consulting AG, 2015, konsultiert am 17.9.2018 auf https://www.aargauerzeitung.ch/asset_document/i/129686220/download (Seite 65f.).

² „Persistence of Cannabis Use Predicts Violence following Acute Psychiatric Discharge“, Jules R. Dugré, Laura Dellazizzo, Charles-Édouard Giguère, Stéphane Potvin and Alexandre Dumais. Veröffentlicht in *Frontiers in Psychiatry - Forensic Psychiatry* 21. Sept. 2017. <https://www.frontiersin.org/articles/10.3389/fpsyt.2017.00176/full>, konsultiert am 17.9.2018.

³ Siehe <https://www.ucdmc.ucdavis.edu/publish/news/newsroom/10874>.

⁴ https://www.feel-ok.ch/de_CH/jugendliche/themen/cannabis/start/sei_schlau/risiken/missbrauch_abhaengigkeit.cfm konsultiert am 17.9.2018.

Bereits 2011 wies das deutsche Ärzteblatt auf breit abgestützte internationale Studien hin, die das massiv erhöhte Risiko von psychotischen Störungen bei Cannabis-Konsum belegten.⁵ Die Meta-Studie „Cannabis: Potential und Risiken. Eine wissenschaftliche Analyse (CaPRis)“, durchgeführt zwischen 2015 und 2017 im Auftrag des deutschen Bundesministeriums für Gesundheit durch Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, LMU München, bilanziert: „Zusammenfassend belegen die evidenzbasierten Fakten ein erhöhtes Risiko für negative psychische, organische und soziale Konsequenzen im Zusammenhang mit dem Freizeitgebrauch von Cannabis. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit geeigneter Maßnahmen zur Aufklärung, Prävention und Risikominimierung und insbesondere zum Schutz von Jugendlichen.“⁶

Die EDU geht mit dem Verein Leitende Spitalärzte der Schweiz VLSS einig, der schreibt: „Weil von einer schädlichen Auswirkung auf die Hirnfunktion auszugehen oder eine solche zumindest ernsthaft in Betracht zu ziehen ist, ist der Konsum nach wie vor als gesundheitsschädlich einzustufen.“

Die EDU sieht in den Pilotversuchen eine Vorstufe der Legalisierung und plädiert dafür vergangene Volksentscheide dazu nicht zu umgehen.

Auch die viel gepriesene Entkriminalisierung des Drogenkonsums und Drogenhandels hat aus Sicht der EDU bezüglich der Gewaltrate keine positiven Folgen, wie die Entwicklung zum Beispiel in Uruguay zeigt. Dort kann das Fazit einige Jahre nach der Legalisierung des Cannabis folgendermassen zusammengefasst werden: „Der schrumpfende illegale Markt provoziert Rivalenkämpfe zwischen kriminellen Gruppierungen.“⁷

Für weitere Auskünfte:

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz, 079 610 42 37

Roland Haldimann, Vizepräsident EDU Schweiz, 079 435 36 40

⁵ <https://www.aerzteblatt.de/archiv/89544/Cannabis-und-Psychose-Kausaler-Zusammenhang-wird-immer-sicherer> mit Hinweis auf <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pubmed/21363868?dopt=Abstract>

⁶

https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/5_Publikationen/Drogen_und_Sucht/Berichte/Kurzbericht/171127_Kurzbericht_CAPRis.pdf (Seite 7), konsultiert am 17.9.2018.

⁷ „Uruguay beklagt höhere Mordrate seit Cannabis-Legalisierung“, 20.8.2018, <https://bazonline.ch/ausland/amerika/uruguay-legales-kiffen-steigert-die-mordrate/story/29916989>, konsultiert am 17.9.2018.